

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Nr. 5 **München, den 29. April** **2016**

Datum	Inhalt	Seite
26.4.2016	Gesetz zur Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes 2238-1-K	74
11.4.2016	Verordnung zur Änderung der Bodenseefischereiverordnung 793-7-L	76
20.4.2016	Entschädigung und Kostenpauschale für die Mitglieder des Bayerischen Landtags 1100-1-2-I	78

2238-1-K

Gesetz zur Änderung des Bayerischen Lehrerbildungsgesetzes

vom 26. April 2016

Der Landtag des Freistaates Bayern hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit bekannt gemacht wird:

§ 1

Das Bayerische Lehrerbildungsgesetz (BayLBG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 12. Dezember 1995 (GVBl. 1996 S. 16, 40, BayRS 2238-1-K), das zuletzt durch § 1 Abs. 280 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl. S. 286) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Die Inhaltsübersicht wird wie folgt geändert:

a) Nach der Angabe zu Art. 5 wird folgende Angabe zu Art. 5a eingefügt:

„Art. 5a Zulassung zum Vorbereitungsdienst“.

b) Die Angabe zu Art. 6a wird gestrichen.

c) Bei der Angabe zu Art. 20 werden die Wörter „Fortbildung der Lehrer“ angefügt.

d) Bei der Angabe zu Art. 21 werden die Wörter „Ausübung der Lehrämter“ angefügt.

e) Die Angabe zu Art. 27 wird die Angabe zu Art. 25 und die Angabe wird wie folgt gefasst:

„Art. 25 Lehramtsprüfungen und -befähigungen nach früherem Recht“.

f) Die Angabe zum bisherigen Art. 28 wird die Angabe zu Art. 26.

g) Die Angabe zum bisherigen Art. 29 wird gestrichen.

h) Die Angabe zum bisherigen Art. 30 wird die Angabe zu Art. 27.

2. Nach Art. 5 wird folgender Art. 5a eingefügt:

„Art. 5a

Zulassung zum Vorbereitungsdienst

(1) Die Zahl der Ausbildungsplätze kann für je-

des Lehramt nach Maßgabe des Staatshaushalts festgelegt werden (Ausbildungshöchstzahlen).

(2) ¹Durch Rechtsverordnung der Staatsregierung können Höchstzahlen für die Ausbildungsplätze in den einzelnen Fächern (Fachhöchstzahlen) oder, soweit die Ausbildung in einem Lehramt nach Fächerverbindungen erfolgt, für die Ausbildungsplätze in einzelnen Fächerverbindungen (Fachkombinationshöchstzahlen) festgelegt werden. ²Sie werden unter Beachtung einer geordneten Ausbildung an Seminaren und Ausbildungsschulen, der personellen, fachlichen, sächlichen und fachspezifischen Ausstattung und unter Berücksichtigung der Fächer mit besonderem Bedarf so bemessen, dass die vorhandenen Ausbildungskapazitäten ausgeschöpft werden.

(3) Übersteigt bei einem Zulassungstermin die Zahl der Bewerber eine festgesetzte Ausbildungs-, Fach- oder Fachkombinationshöchstzahl, ist ein Auswahlverfahren nach den Abs. 4 und 5 durchzuführen.

(4) ¹Ein Bewerber wird zur Ausbildung zugelassen, solange in seinem Lehramt und seinem Fach bzw. seiner Fachkombination die Zahl der Ausbildungsplätze noch nicht erschöpft ist. ²Für Bewerber, die nicht nach Satz 1 zugelassen werden können, werden Wartelisten geführt. ³Es ist ein Nachrückverfahren einzurichten.

(5) ¹Von der Gesamtzahl der in einem Lehramt, einem Fach oder einer Fachkombination zu vergebenden Ausbildungsplätze werden bis zu 5 % zugunsten von Bewerbern vergeben, für die die Versagung der Zulassung eine außergewöhnliche Härte bedeuten würde. ²Von der danach noch verbleibenden Zahl an Ausbildungsplätzen werden vergeben

1. 70 % nach der fachlichen Qualifikation und

2. 30 % nach der Wartezeit, die seit der ersten erfolglosen Bewerbung verstrichen ist.

³Sind alle Bewerber der Warteliste berücksichtigt, ist die Quote für Wartelistenbewerber (Satz 2 Nr. 2) aber noch nicht ausgeschöpft, werden die verbleibenden Plätze nach Qualifikation (Satz 2 Nr. 1) vergeben.

(6) ¹Bewerber, die seit mindestens drei Jahren auf der Warteliste geführt und auch zum nächsten Termin weder nach Abs. 5 Satz 1 noch nach Abs. 5 Satz 2 Nr. 1 zugelassen werden, werden unabhängig von den Voraussetzungen der Abs. 1 bis 5 zum nächstmöglichen Termin in den Vorbereitungsdienst übernommen. ²Die nach Satz 1 angenommenen Bewerber werden auf die Quoten nach Abs. 5 Satz 2 angerechnet.

(7) Das Staatsministerium wird ermächtigt, das Nähere zum Auswahlverfahren nach den Abs. 3 bis 5, insbesondere zum Bewerbungsverfahren, zu Ausschlussfristen, zur Festlegung näherer Kriterien zur Bemessung der fachlichen Qualifikation und Wartezeit, zur Auswahl unter gleichrangigen Bewerbern, zu Härtefallgesichtspunkten und zum Nachrückverfahren durch Rechtsverordnung zu regeln.

(8) Auf Bewerberinnen und Bewerber, die einen Vorbereitungsdienst vor Beginn des Schuljahres 2019/20 antreten, finden die Abs. 1 bis 6 keine Anwendung.“

3. Art. 6a wird aufgehoben.

4. In Art. 14 Nr. 1 und Art. 15 Nr. 1 werden jeweils nach dem Wort „pädagogischen“ die Wörter „oder sonderpädagogischen“ eingefügt.

5. In Art. 20 wird die Überschrift wie folgt gefasst:

„Art. 20

Fortbildung der Lehrer“.

6. In Art. 21 wird die Überschrift wie folgt gefasst:

„Art. 21

Ausübung der Lehrämter“.

7. In Art. 22 Abs. 6 wird die Angabe „(Art. 22 und 39 BayBG)“ gestrichen.

8. Art. 27 wird Art. 25 und wie folgt geändert:

a) Die Überschrift wird wie folgt gefasst:

„Lehramtsprüfungen und -befähigungen nach früherem Recht“.

b) Vor Abs. 1 wird folgender Abs. 1 eingefügt:

„(1) ¹Eine Erste Staatsprüfung für ein Lehramt nach einem früheren Rechtsstand dieses Gesetzes ist einer Ersten Lehramtsprüfung nach Art. 6 Abs. 1 Satz 1 gleich gestellt. ²Der Ersten Lehramtsprüfung für das Lehramt an Mittelschulen im Sinn des Art. 7 Abs. 1 steht die Erste Lehramtsprüfung für das Lehramt an Hauptschulen gleich.“

c) Die bisherigen Abs. 1 und 2 werden die Abs. 2 und 3.

9. Der bisherige Art. 28 wird Art. 26.

10. Der bisherige Art. 29 wird aufgehoben.

11. Der bisherige Art. 30 wird Art. 27.

§ 2

Dieses Gesetz tritt am 1. Mai 2016 in Kraft.

München, den 26. April 2016

Der Bayerische Ministerpräsident

Horst Seehofer

793-7-L

Verordnung zur Änderung der Bodenseefischereiverordnung

vom 11. April 2016

Auf Grund des Art. 64 Abs. 1 Satz 1 des Bayerischen Fischereigesetzes (BayFiG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 10. Oktober 2008 (GVBl. S. 840; 2009 S. 6, BayRS 793-1-L), das zuletzt durch § 1 Nr. 407 der Verordnung vom 22. Juli 2014 (GVBl. S. 286) geändert worden ist, verordnet das Bayerische Staatsministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten:

§ 1

Die Bodenseefischereiverordnung (BoFiV) vom 1. Dezember 1995 (GVBl. S. 825, BayRS 793-7-L), die zuletzt durch Verordnung vom 9. Oktober 2014 (GVBl. S. 474) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. § 7 Abs. 4 Satz 2 wird wie folgt gefasst:

„²Die Mindestmaschenweite der Netze beträgt

1. 38 mm in der Zeit

- a) vom 31. März 12.00 Uhr bis 1. Mai 12.00 Uhr bei höchstens drei Netzen,
- b) vom 1. Mai 12.00 Uhr bis 1. Juni 12.00 Uhr bei höchstens drei Netzen,
- c) vom 1. Juni 12.00 Uhr bis 1. Juli 12.00 Uhr bei höchstens zwei Netzen,
- d) vom 1. Juli 12.00 Uhr bis 1. August 12.00 Uhr bei höchstens zwei Netzen,
- e) vom 1. August 12.00 Uhr bis 1. September 12.00 Uhr bei höchstens einem Netz;

2. 40 mm

- a) bei den übrigen Netzen und
- b) in der Zeit vom 1. September 12.00 Uhr bis 15. Oktober 12.00 Uhr bei sämtlichen Netzen.“

2. § 8 wird wie folgt geändert:

- a) Der Wortlaut des Abs. 2 wird Satz 1.

b) Es wird folgender Satz 2 angefügt:

„²Sie sind mindestens jeden zweiten Tag zu leeren; Satz 1 bleibt unberührt.“

3. In § 11 Abs. 2 Nr. 2 werden die Wörter „ , jedoch nur im Hohen See; die“ durch das Wort „ . Die“ ersetzt.

4. § 15 wird wie folgt geändert:

a) Abs. 1 wird wie folgt geändert:

aa) In Satz 1 wird der Schlusspunkt durch die Wörter „ ; Kunstköder und Systeme gelten als eine Anbissstelle.“ ersetzt.

bb) Nach Satz 1 wird folgender Satz 2 eingefügt:

„²Die Hegene darf bis zu fünf Anbissstellen (Einfachhaken) haben.“

cc) Der bisherige Satz 2 wird Satz 3 und die Angabe „(§ 16 Abs. 1 Satz 2 AVBayFiG)“ wird gestrichen.

b) In Abs. 2 Satz 1 werden die Wörter „ ; zugelassen sind nur Einfachhaken mit oder ohne Widerhaken sowie Zweifach- und Dreifachhaken ohne Widerhaken“ durch die Wörter „ , wobei nur Einfachhaken mit oder ohne Widerhaken sowie Zweifach- und Dreifachhaken ohne Widerhaken zugelassen sind; Abs. 1 Satz 1 Halbsatz 2 gilt entsprechend“ ersetzt.

5. § 29a wird wie folgt geändert:

a) In Abs. 2 wird die Absatzbezeichnung „(2)“ gestrichen.

b) Abs. 3 wird aufgehoben.

6. § 30 Abs. 2 wird wie folgt geändert:

a) Satz 1 wird aufgehoben.

b) Die Satznummerierung im bisherigen Satz 2 wird gestrichen und die Angabe „Abs. 2“ wird gestrichen.

c) Der bisherige Satz 3 wird aufgehoben.

§ 2

Diese Verordnung tritt am 1. Mai 2016 in Kraft.

München, den 11. April 2016

**Bayerisches Staatsministerium
für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten**

Helmut Brunner, Staatsminister

1100-1-2-I

Entschädigung und Kostenpauschale für die Mitglieder des Bayerischen Landtags

Bekanntmachung der Präsidentin des Bayerischen Landtags

vom 20. April 2016

Auf Grund von Art. 5 Abs. 3 Satz 4 und Art. 6 Abs. 2 Satz 5 des Bayerischen Abgeordnetengesetzes (BayAbgG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 6. März 1996 (GVBl. S. 82, BayRS 1100-1-I), das zuletzt durch § 2 Nr. 1 des Gesetzes vom 12. Mai 2015 (GVBl. S. 82) geändert worden ist, wird Folgendes bekannt gemacht:

Nach Art. 5 Abs. 3 Satz 3 und Art. 6 Abs. 2 Satz 4 des Bayerischen Abgeordnetengesetzes (BayAbgG) hat das Landesamt für Statistik jeweils die für die Anpassung von Entschädigung und Kostenpauschale maßgebenden Einkommens- und Preisentwicklungsraten mitzuteilen. Die Entschädigung der Abgeordneten verändert sich entsprechend der Entwicklung der Einkommen, die Kostenpauschale verändert sich entsprechend der Preisentwicklungsraten.

In der entsprechenden Mitteilung des Landesamts werden – wobei die Veränderungen zwischen dem Juli 2014 und dem Juli 2015 maßgeblich sind – die Einkommensentwicklungsraten mit + 2,7 v. H. und die Preisentwicklungsraten mit + 0,3 v. H. beziffert.

Demnach betragen ab **1. Juli 2016**

- | | |
|--|----------|
| 1. die Entschädigung
(Art. 5 Abs. 1 BayAbgG) | 7 849 €, |
| 2. die Kostenpauschale
(Art. 6 Abs. 2 BayAbgG) | 3 377 €. |

München, den 20. April 2016

Die Präsidentin des Bayerischen Landtags

Barbara S t a m m

Bayerisches Gesetz- und Verordnungsblatt

Verlag Bayerische Staatszeitung GmbH
Arnulfstraße 122, 80636 München
PVSt, Deutsche Post AG, Entgelt bezahlt, B 1612

Herausgeber/Redaktion: Bayerische Staatskanzlei, Franz-Josef-Strauß-Ring 1, 80539 München

Das Bayerische Gesetz- und Verordnungsblatt (GVBl.) wird nach Bedarf ausgegeben, in der Regel zweimal im Monat. Zur Herstellung des GVBl. wird Recycling-Papier verwendet.

Druck: AZ Druck und Datentechnik GmbH, Heisinger Straße 16, 87437 Kempten

Vertrieb: Verlag Bayerische Staatszeitung GmbH, Arnulfstraße 122, 80636 München
Tel. 0 89 / 29 01 42 - 59 / 69, Telefax 0 89 / 29 01 42 90.

Bezug: Die amtliche Fassung des GVBl. können Sie über den Verlag Bayerische Staatszeitung GmbH beziehen. Der Preis des Jahresabonnements für die amtliche Fassung des GVBl. beträgt ab dem 1. Januar 2010 **81,00 €** inkl. MwSt. und Versandkosten. Einzelausgaben können zum Preis von 3,00 € inkl. MwSt. zzgl. Versand beim Verlag angefordert werden. Für Abonnementkündigungen gilt eine Frist von vier Wochen zum nächsten Ersten eines Monats (bei Vorauszahlung zum Ende des verrechneten Bezugszeitraums).

Widerrufsrecht: Der Verlag räumt ein Widerrufsrecht von einer Woche ab Absendung der Bestellung ein. Zur Wahrung der Frist genügt das rechtzeitige Absenden des Widerrufs (Poststempel) an:

Verlag Bayerische Staatszeitung GmbH, Vertrieb, Postfach 20 04 63, 80004 München

Bankverbindung: Postbank München, Konto-Nr. 68 88 808 BLZ: 700 100 80

ISSN 0005-7134
